

## Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)

zu der Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten  
– Drucksache 19/700 –

### Jahresbericht 2017 (59. Bericht)

#### A. Problem

Der Wehrbeauftragte hat dem Deutschen Bundestag jährlich aufgrund von § 2 Absatz 1 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages zu berichten. In Erfüllung dieser Verpflichtung hat der Wehrbeauftragte dem Deutschen Bundestag seinen Jahresbericht für das Jahr 2017 am 20. Februar 2018 vorgelegt.

#### B. Lösung

Kenntnisnahme des Berichts und  
**Annahme einer Entschließung.**

#### C. Alternativen

Keine.

#### D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

*Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.*

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten auf Drucksache 19/700 folgende EntschlieÙung anzunehmen:

1. Die in dem Bericht enthaltenen Empfehlungen werden – soweit sie nicht bereits erledigt sind – der Bundesregierung zur Prüfung, Erwägung und Beachtung zur Kenntnis gebracht. Die Bundesregierung wird ferner gebeten, den Jahresbericht des Wehrbeauftragten, die Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung dazu und die Ergebnisse der Beratung des Deutschen Bundestages der Truppe zugänglich zu machen.
2. Der Deutsche Bundestag dankt dem Wehrbeauftragten und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Arbeit im Berichtsjahr.
3. Die Bundesregierung wird gebeten, bis zum 19. März 2019 dem Verteidigungsausschuss über Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen zu berichten.

Berlin, den 17. Oktober 2018

**Der Verteidigungsausschuss**

**Wolfgang Hellmich**  
Vorsitzender

**Anita Schäfer (Saalstadt)**  
Berichterstatterin

**Josip Juratovic**  
Berichterstatter

**Berengar Elsner von Gronow**  
Berichterstatter

**Dr. Marie-Agnes  
Strack-Zimmermann**  
Berichterstatterin

**Christine Buchholz**  
Berichterstatterin

**Dr. Tobias Lindner**  
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

## Bericht der Abgeordneten Anita Schäfer (Saalstadt), Josip Juratovic, Berengar Elsner von Gronow, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Christine Buchholz und Dr. Tobias Lindner

### I. Überweisung

Der 19. Deutsche Bundestag hat die Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten auf **Drucksache 19/700** in seiner 26. Sitzung am 19. April 2018 beraten und gemäß § 114 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (GO-BT) dem Verteidigungsausschuss zur federführenden Beratung und dem Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

### II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat die Vorlage in seiner 23. Sitzung am 17. Oktober 2018 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat die Vorlage in seiner 20. Sitzung am 17. Oktober 2018 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Vorlage in seiner 15. Sitzung am 17. Oktober 2018 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner 13. Sitzung am 17. Oktober 2018 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 16. Sitzung am 10. Oktober 2018 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

### III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Jahresbericht unter Einbeziehung der Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung vom 15. August 2018 in seiner 18. Sitzung am 17. Oktober 2018 beraten.

Im Ergebnis empfiehlt er mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE., in Kenntnis der Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten, die in der Beschlussempfehlung wiedergegebene Entschließung anzunehmen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** dankte dem Wehrbeauftragten Dr. Hans-Peter Bartels sowie seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Berichtsjahr geleistete Arbeit und den interessanten Bericht. Die durch die Bundesministerin der Verteidigung eingeleiteten Trendwenden seien die richtigen Schritte, auch wenn hier eine höhere Geschwindigkeit notwendig sei. Es wäre zu begrüßen, wenn der Bundestag hierzu nun seine Bereitschaft aufzeige, für die Regeneration der Bundeswehr mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Positiv zu sehen sei, dass der Anteil an Frauen in den Streitkräften auf 11,8 Prozent gestiegen sei und dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser geworden sei, auch wenn das Pendeln zwischen Wohn- und Dienstort weiter eine Belastung bleibe. Ebenso würden bürokratische Verpflichtungen als belastend empfunden, weshalb hier ein Abbau erfolgen sollte. Hinsichtlich der generellen Unzufriedenheit mit Material und Gerät sei die entscheidende Trendwende eingeleitet, doch brauchten die Prozesse ihre Zeit.

Die **SPD-Fraktion** äußerte ebenfalls ihren Dank an den Wehrbeauftragten und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Grundsätzlich sei es der richtige Weg, dass der Verteidigungsetat erhöht worden sei und der Bundeswehr

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

damit mehr Mittel zur Verfügung stünden. Dies bedeute aber nicht immer automatisch bessere Ergebnisse, da auch die entsprechenden Geschäftsabläufe und Beschaffungsprozesse optimiert werden müssten. Zu begrüßen sei ebenfalls, dass sich der Frauenanteil kontinuierlich erhöht habe. Des Weiteren sei es ein Erfolg, dass die Ansprechstelle für Diskriminierung und Gewalt in der Bundeswehr eingerichtet worden sei und das Führungspersonal auf diesem Gebiet sensibilisiert werde. Dennoch müsse man hieran noch weiter arbeiten.

Die **AfD-Fraktion** schloss sich dem Dank für den gelungenen Bericht an, der einen guten Einblick in die Truppe ermögliche. Die Einrichtung der Ansprechstellen für Diskriminierung und Gewalt sowie für militärhistorischen Rat werde kritisch gesehen, da dadurch neben dem Dienstweg weitere Beschwerdestellen installiert würden. Ebenso sei zu kritisieren, dass Deutschland als einziger Mitgliedstaat der EU die Arbeitszeitrichtlinie auch für die Truppe umgesetzt habe. Dies führen zu erheblichen Problemen im Dienstbetrieb und es seien deutliche Anpassungen notwendig.

Die **FDP-Fraktion** bedankte sich ebenfalls beim Wehrbeauftragten. Zu beanstanden sei, dass die Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung zu dem guten Bericht häufig keine konkreten Lösungen beinhalte oder detaillierte Maßnahmen ankündige, sondern eher im unbestimmten Bereich bleibe. Neben den bekannten Problemen frage man sich beispielsweise, warum die Ausstattung der Unterkünfte mit WLAN so lange dauere und nicht einfach umgesetzt werde.

Die **Fraktion DIE LINKE** schloss sich ebenfalls den Dankeswünschen an und begründete ihre Enthaltung zur Entschließung mit der Positionierung des Wehrbeauftragten in Rüstungsangelegenheiten. Der Bericht selbst enthalte gute Ausführungen, die zum Beispiel im Bereich der rechtsextremen Vorfälle eine gute Vorlage seien, die das Bundesministerium der Verteidigung jedoch nicht genutzt habe. Dessen Reaktion dazu enttäusche vielmehr und sei dünn. Die Ansprechstelle für Diskriminierung und Gewalt sei eine gute Initiative gewesen, wenn auch auf diesem Gebiet deutlich mehr getan werden müsse. Schließlich danke man dem Wehrbeauftragten, dass er das Thema der Rekrutierung Minderjähriger aufgegriffen habe.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** sprach auch ihren Dank aus und hob hervor, wie wertvoll der Jahresbericht sei, da er häufig systematische Probleme hinter Einzelfällen aufzeige. Dies betreffe insbesondere die Vorkommnisse in Munster und Pfullendorf, bei denen die Erkenntnisse des Wehrbeauftragten zur Fehlerkultur in der Bundeswehr sehr hilfreich gewesen seien. Im Bereich der Ausrüstung müsse die Herausforderung angegangen werden, dass die Bundeswehr an einigen Stellen die für Großgerät zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausgeben könne, während an anderer Stelle beispielsweise persönliche Ausrüstungsgegenstände fehlten.

Berlin, den 17. Oktober 2018

**Anita Schäfer (Saalstadt)**  
Berichterstatlerin

**Josip Juratovic**  
Berichterstatler

**Berengar Elsner von Gronow**  
Berichterstatler

**Dr. Marie-Agnes  
Strack-Zimmermann**  
Berichterstatlerin

**Christine Buchholz**  
Berichterstatlerin

**Dr. Tobias Lindner**  
Berichterstatler